
Neue Impulse für eine Wirtschaftsreform in der Sowjetunion

**Bemerkungen zu M. Gorbatschows Rede vor dem XXVII.
Parteitag der KPdSU***

Friedrich Levcik

Westliche Kommentare haben überwiegend die Ansicht vertreten, daß die auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU angekündigten Reformmaßnahmen kaum zu einer durchgreifenden Besserung der sowjetischen Wirtschaft führen können. Häufig wird kritisiert, daß zu ergreifende Reformmaßnahmen nur als Prinzipien, ohne detaillierte Ausführungsbestimmungen formuliert wurden. Es wurde auch ein in sich geschlossenes Reformkonzept vermißt, welches die Richtung zu einer regulierten sozialistischen Marktwirtschaft weisen würde.

Das Zeitelement

Der Fehler scheint allerdings in den hochgespannten Erwartungen zu liegen. Wer sich die Entwicklung der Sowjetwirtschaft in den sechzig bis siebzig Jahren ihrer Existenz vergegenwärtigt und z. B. in Betracht zieht, daß noch lebende Augenzeugen der NEP-Periode heute über 80jährige Greise sein müßten, während die im aktiven Arbeitsleben stehenden Sowjetbürger überhaupt keine Erfahrung mit einer funktionierenden Marktwirtschaft gemacht und nichts anderes als eine zentralisierte Planwirtschaft kennengelernt haben, kann kaum ernstlich einen direkten Sprung zu einem marktorientierten Reformkonzept erwarten. Darüber hinaus zeigt die Erfahrung anderer Länder sowjetischen Typs, daß der Weg von einer Reformdiskussion – bevor diese eine eindeutige Gestalt annimmt – bis zur Verabschiedung von konkreten Reformmaßnahmen und schließlich zur Durchführung dieser Maßnahmen Jahre in

* Michail Gorbatschow, Politischer Bericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXVII. Parteitag, Verlag der Presseagentur Nowosti, Moskau 1986

Anspruch nimmt und auch verschiedentliche Peripetien, Korrekturen und evt. Rücknahmen in sich einschließt. Vergessen wir nicht, daß z. B. die chinesische Wirtschaftsreform, die den heutigen sowjetischen Reformansätzen häufig gegenübergestellt wird, mit einer Reformdiskussion bereits Ende der 70er Jahre begonnen hat, daß in den ersten 80er Jahren außer einigen Experimenten in der Industrie eigentlich nur in der Landwirtschaft durchgreifende Reformmaßnahmen getroffen wurden und daß auch heute noch der Umfang der verbindlich von oben auferlegten Planaufgaben, vor allem in der Industrie nicht unbeträchtlich ist. Auch die Erfahrungen Ungarns und Jugoslawiens zeigen, daß der Weg der Umwandlung einer zentralisierten Planwirtschaft in eine nichtkapitalistische, regulierte, marktorientierte Wirtschaft ganze Dekaden umfaßt und auch heute noch keineswegs abgeschlossen ist. Dabei sind die Voraussetzungen für eine Reform in der UdSSR in Hinblick auf die Größe des Landes, der gravierenden Unterschiede im Klima, Kultur und Entwicklungsniveau der verschiedenen Völker bedeutend schwieriger als in den kleinen osteuropäischen RGW-Ländern.

Richtung, Tempo und Prioritäten

Wenn man alle diese Umstände in Betracht zieht, dann kann man sehr wohl im Referat Gorbatschows tiefgreifende Reformansätze erkennen, die den Weg für eine radikale Wirtschaftsreform freilegen. Das bedeutet selbstverständlich noch nicht, daß eine solche Reform auch tatsächlich kompromißlos durchgesetzt wird. Aber es kann kein Zweifel bestehen, daß die heutige Führung und insbesondere Gorbatschow selbst an einer wirklichen Reform des Wirtschaftsmechanismus interessiert sind, um die Wirtschaftsentwicklung zu beschleunigen und den Wirtschaftsablauf effizienter zu gestalten. Dabei scheint es, daß M. Gorbatschow realistischere Vorstellungen über Richtung, Tempo und Prioritäten eines Umbaus des Wirtschaftsmechanismus hat, als manche westliche Beobachter und Analytiker.

In der schon fast 30 Jahre währenden Reformdiskussion in den RGW-Ländern hat sich eine gewisse Sprachregelung herausgebildet, nach der man – sozusagen auf ersten Blick – erkennen konnte, was für eine Reform jeweils ins Auge gefaßt wurde. Diejenigen, die sich vom zentralistischen, direktiven Planungs- und Zuteilungssystems abwenden wollten, sprachen von einem „neuen System der Planung und Leitung“ oder von einem „neuen Wirtschaftsmechanismus“ während die Anhänger eines zentralistischen, direktiven Planungssystems im Zusammenhang einer notwendigen Reform von der „Vervollkommnung“ des bestehenden Planungs- und Leitungssystems sprachen. M. Gorbatschow vermeidet so weit wie möglich beide Ausdrucksweisen, die ihn eindeutig festlegen könnten. Statt dessen wählt er Ausdrücke wie tiefgreifende „Umgestaltung des Wirtschaftsmechanismus und des Leitungssystems“. Das Wort „Umgestaltung“ deutet dabei die Vorstel-

lung eines lang andauernden Prozesses an, der zu einem „in sich geschlossenen, wirksamen und flexiblen Leitungssystem“ führen soll. Ausdrücklich weist er auf die beschränkten Möglichkeiten „einer laufenden Vervollkommnung“ der Leitung und Lenkung der Wirtschaft hin und stellt fest, „daß es nicht mehr angeht, wenn man sich auf partielle Verbesserungen beschränkt; eine radikale Reform tut not“. Gorbatschow gehört sichtlich zu denen, die nicht auf halben Weg stehen bleiben möchten. Er betont es auch ausdrücklich, wenn er von der „Zielstrebigkeit und Entschlossenheit im praktischen Handeln“ spricht. „Wenn man Umgestaltungen in Angriff genommen hat, darf man sich nicht auf Halbheiten beschränken. Es gilt, konsequent und energisch vorzugehen, ohne vor den kühnsten Schritten zurückzuschrecken.“ *

Kritiker könnten meinen, daß dies nur schöne Worte sind, denen keine entsprechenden Maßnahmen folgen. Unseres Erachtens ist Gorbatschow ein Mann, der ein angestrebtes Ziel konsequent verfolgt, aber er ist kein Phantast, sondern ein harter Realpolitiker. Er kennt sein Land und die alteingefleischten Gewohnheiten der Bevölkerung, er kennt insbesondere die Idiosynkrasien des Parteiapparates und eines bedeutenden Teiles der Führungsspitze. Er wird sicherlich versuchen, Fehler, die Chruschtschow seine Führungsposition gekostet haben, zu vermeiden. Er scheint zu wissen, was und wieviel er zur gegebenen Zeit der Bevölkerung und den Parteikadern, insbesondere den noch traditionellen Vorstellungen verpflichteten Funktionären zumuten kann.

Einerseits weiß er, daß eine tiefgreifende Umgestaltung des Wirtschaftsmechanismus ein langandauernder Prozeß ist, wobei man selbst bei Berücksichtigung der Erfahrungen anderer RGW-Länder keineswegs auf alle Fragen eindeutige Antworten hat und evt. wahrscheinlich unvermeidbare Rückschläge von den zahlreichen Gegnern der Wirtschaftsreform sofort gegen ihn ausgenützt würden. Er stellt daher ausdrücklich fest, daß man erst „am Anfang des Weges“ steht. „Für die Umgestaltung des Wirtschaftsmechanismus sind unter den Bedingungen unseres Landes mit seiner immensen und komplizierten Wirtschaft Zeit und energische Anstrengungen erforderlich. Es kann da Schwierigkeiten geben, wir sind auch nicht gegen Fehlkalkulationen gefeit . . .“ Es braucht also Zeit und man kann auch Fehler machen. Überdies wolle man „Schritt für Schritt“ den Wirtschaftsmechanismus „auf der Grundlage der gesammelten Erfahrungen“ ergänzen und vervollkommen. Hier versucht er die konservativeren Parteikader zu beruhigen, wobei er auch das sonst verpönte Wort der „Vervollkommnung“ benutzt, aber gleichzeitig betont er, daß „alles was überlebt ist oder sich nicht bewährt hat, aus dem Weg zu räumen“ ist. Zugleich wird eine deutliche Absage jenen gegeben, „die die Hoffnung hegen, alles würde sich schon einrenken und in das alte Geleise zurückkehren. Das wird es nicht geben, Genossen!“ Gegenüber der Parteihierarchie wird also eine

* Diese und alle weiteren durch Anführungszeichen hervorgehobenen Sätze sind wörtliche Zitate aus der Rede M. Gorbatschows auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU.

Strategie gewählt, die den zeit- und energieaufwendigen Prozeß der Umwandlung des Wirtschaftsmechanismus hervorhebt, wobei die reformfreudigen Kader entsprechend motiviert, die noch Unschlüssigen mit dem Hinweis auf das vorsichtige „Schritt für Schritt“ Vorgehen und der Nutzung der bisherigen Erfahrungen beruhigt werden sollen, während denen, die in den alten Trott zurückfallen möchten, der Kampf angesagt wird.

Gegenüber der Bevölkerung braucht Gorbatschow jedoch baldige Erfolge. Zuoft schon in der Vergangenheit wurde ihnen der Himmel auf Erden in der weiteren Zukunft versprochen, soweit sie bereit waren, sich heute mit den Unzulänglichkeiten des Sowjetalltags abzufinden. Aber anscheinend wollen sie nicht länger warten und Gorbatschow ist sich der Ungeduld der Bevölkerung mit den Mangelercheinungen der heutigen Sowjetwirtschaft bewußt. „Ohne beschleunigtes Wirtschaftswachstum werden die sozialen Programme nur ein frommer Wunsch bleiben, und doch Genossen, sind diese unaufschiebbar. Die sowjetischen Menschen müssen innerhalb einer kurzen Frist die Resultate der gemeinsamen Anstrengungen zur Lösung des Lebensmittelproblems, zur Deckung des Bedarfs an hochwertigen Waren und Dienstleistungen, zur Verbesserung der medizinischen Betreuung, der Wohn- und Lebensverhältnisse wie auch des Umweltschutzes verspüren.“

Zwischen diesen beiden Determinanten seines möglichen Vorgehens – auf der einen Seite eine nur vorsichtige, schrittweise Umwandlung des Wirtschaftsmechanismus, um nicht die Unterstützung der Partei, Planungs- und Verwaltungskader zu verlieren und zum anderen dem Zwang, der Bevölkerung bald eine sichtbare Verbesserung der Lebensbedingungen vor Augen zu führen – muß Gorbatschow Richtung und Prioritäten seiner Reformansätze wählen.

Neue Impulse in der Landwirtschaft

Eine verhältnismäßig rasch zu erzielende Verbesserung der Lebensverhältnisse wäre bei den Agrargütern und der Lebensmittelversorgung zu erreichen. Das haben die Erfahrungen der chinesischen Wirtschaftsreform, aber auch einiger osteuropäischer RGW-Länder bewiesen. Hier genügt es für den Beginn nur die übermäßige Zentralisierung und das detaillierte, verbindliche Kennziffernsystem zu lockern und verschiedene administrative Beschränkungen und Verbote zu beseitigen oder einzuengen, um bereits dadurch neue Motivationen der Beschäftigten in der Landwirtschaft zu wecken. Die Herausarbeitung positiver, indirekter Steuerungsinstrumente ist für die Sicherung eines andauernden Erfolges nicht weniger wichtig, doch kann in der Landwirtschaft diese Seite eines funktionierenden Wirtschaftsmechanismus auch im weiteren Verlauf der Umwandlung gelöst werden. Tiefgreifende Veränderungen des Wirtschaftsmechanismus in der Landwirtschaft haben daher für Gorbatschow erste Priorität. Neben strukturpolitischen und organisatorischen Maßnahmen, die zum Teil bereits durchgeführt wurden

(wie z. B. die Schaffung von einheitlichen zentralen, regionalen und lokalen Leitungsorganen für den agro-industriellen Komplex, die die Integration der vor- und nachgelagerten Aktivitäten mit der Landwirtschaft selbst gewährleisten sollen), wurden konkrete Maßnahmen für die Umwandlung des Wirtschaftsmechanismus getroffen. In seiner Rede kündigte Gorbatschow an, daß die entsprechenden Vorschläge bereits vorbereitet wurden, deren allgemeine Orientierung und Prinzipien im Referat erläutert wurden. Bereits einen Monat später wurde eine detaillierte Verfügung des Zentralkomitees der Partei veröffentlicht*. Die Selbständigkeit der Kolchose und Sowchose wird durch die getroffenen Maßnahmen beträchtlich erweitert und ihr Interesse an einer Produktionssteigerung und für die Endresultate ihres Wirtschaftens erhöht. Ein unterschiedliches Regime für Getreide einerseits und für andere pflanzliche und tierische Produkte andererseits wird eingeführt.

Die Getreideaufkaufpläne werden für die einzelnen Jahre des Fünfjahresplanes stabil gehalten (auf dem Niveau des Planes für 1986), wobei für Lieferungen, die den Durchschnitt der Jahre 1981–1985 (mit bekanntlich schlechten Resultaten) überschreiten, ein Preiszuschlag von 50 Prozent, und für Lieferungen, die das Plansoll von 1986 (das höher liegt, als der Durchschnitt der Jahre 1981–1985) überschreiten, ein Preiszuschlag von 100 Prozent gewährt wird. Die Intention ist eindeutig: hier soll nicht nur das Interesse für die Erreichung eines Produktionszuwachses geweckt werden, aber auch ein verstärkter Anreiz, die höhere Produktion an den Staat abzuliefern, statt ihn anderweitig zu verwenden (z. B. zu verfüttern). Darüber hinaus werden den Kolchosen und Sowchosen für überplanmäßige Lieferungen zusätzliche Gegenlieferungen von defizitären Produktionsgütern, wie Traktoren und LKWs, aber auch von langlebigen Konsumgütern, wie PKWs u. ä. aus speziellen Fonds zum Verkauf angeboten.

Ein ähnliches Regime wird auch für Zuckerrüben, Sojabohnen und Sonnenblumen eingeführt. Auch hier besteht nicht nur das Interesse, die Kolchosbauern und Sowchosbeschäftigten zur Produktionssteigerung, sondern auch zur Lieferung der Produktion über den Plan hinaus an die Aufkauforgane zu motivieren. Daher gilt auch hier nicht nur der 50prozentige Preisaufschlag für Lieferungen über den Durchschnitt des vorangegangenen Planjahrfünfts, sondern die Zusicherung von Gegenlieferungen von Schrott und eiweißhaltigen Futterkonzentraten, um auf diese Weise die Verbrauchsnormen je Einheit der tierischen Produktion herabsetzen zu können.

Ein 50prozentiger Preisaufschlag für Lieferungen über dem Durchschnitt der Jahre 1981–1985 wird auch bei Gemüse, Baumwolle, Kartoffeln und anderen technischen pflanzlichen Produkten, sowie bei Lieferungen von Vieh, Milch u. a. m. zugestanden. Hier kann alles, was über

* Über die weitere Vervollkommnung des Wirtschaftsmechanismus im agro-industriellen Bereich des Landes, Verordnung des Zentralkomitees der KPdSU, Prawda, 29. März 1986

den Lieferplan erzeugt wird und bei Kartoffeln, Obst und Gemüse auch ein beträchtlicher Teil der planmäßigen Erzeugung (ab 1987 30 Prozent) nach eigenem Ermessen der Kolchose und Sowchose verwendet werden. „Die Agrarbetriebe können diese zusätzlich zum Plan an den Staat verkaufen, frisch bzw. verarbeitet auf dem Kolchosmarkt oder über den konsumgenossenschaftlichen Handel realisieren sowie zu anderen Zwecken verwenden, darunter auch für den Bedarf der individuellen Nebenwirtschaften.“ Dazu ist zu bemerken, daß manche dieser Praktiken wahrscheinlich schon vorher ausgeübt wurden. Nur waren sie bisher häufig illegal, während sie nunmehr nicht nur legalisiert, sondern ausdrücklich gefördert werden. Auch dies zeugt für den Realismus der getroffenen Maßnahmen. Von großer Bedeutung könnte die Bestimmung sein, Überplanproduktion und bei Kartoffeln, Obst und Gemüse auch 30 Prozent der geplanten Lieferungen dem Konsumgenossenschaftsnetz zu verkaufen. Falls der genossenschaftliche Handel aufgrund dieser Lieferungen auch in den Städten festeren Fuß fassen könnte, dann könnte dem Staatshandel ein Konkurrent entstehen, der diesen zwingen würde, konsumfreundlicher den Verbrauchern gegenüber aufzutreten, als dies bei seiner bisherigen Monopolposition der Fall ist.

Von nicht minderer Bedeutung sind Bestimmungen, die den Ankauf von Vieh, Milch, Eiern, Kartoffeln, Gemüse und Obst in die Fonds der Republiken, Regionen und Gebieten leiten, die nur bestimmte stabile Mengen an die zentralisierten Fonds weiterleiten müssen, während der zweite Teil der Erträge zur örtlichen Versorgung belassen werden soll. Dabei ist auch ein interregionaler Austausch von Produkten über den genossenschaftlichen Handel vorgesehen.

Ein bisher ungelöstes Problem der produktionsgenossenschaftlichen Organisationsform der Kolchosen war die Tatsache, daß der Arbeitseinsatz und Fleiß einzelner Mitglieder, durch das Desinteressement anderer zunichte gemacht werden konnte. Von tiefgreifender Bedeutung ist daher folgende Verfügung: „Weitgehende Anwendung sollen das Werkvertrags- und das Akkordsystem auf der Ebene einer Brigade, einer Arbeitsgruppe bzw. einer *Familie* finden, wobei diesen Menschen für die vertraglich festgelegte Frist Produktionsmittel, einschließlich des Grund und Bodens, zugeteilt werden.“ Der Werkvertrag stipuliert auf der einen Seite die zu liefernden Mengen und die dafür zustehende Entlohnung und stimuliert den Arbeitseinsatz durch höhere Entlohnung für die Mehrproduktion und selbständige Verwendung eines Teiles der Mehrproduktion. Dieses Anreizsystem kann sicherlich zu höherer Leistung anspornen, wie in China in den letzten Jahren, zur selben Zeit kann es auch eine soziale Differenzierung der ländlichen Bevölkerung hervorrufen, die nicht ungefährlich werden könnte, falls sie nicht rechtzeitig durch entsprechende soziale Maßnahmen neutralisiert wird. Da das Hauptziel eine Verbesserung der Lebensmittelversorgung der städtischen Bevölkerung ist, nimmt die Führung die evt. negativen Nebenwirkungen in Form sozialer Spannungen in Kauf.

Die Verfügung des Zentralkomitees vom 29. März 1986 beinhaltet

auch verschiedene Bestimmungen über die Produktion der Hofwirtschaften, die einerseits diese Produktion weiter stimulieren und andererseits sie enger an die Kolchoswirtschaft binden soll. Anders als in den kleineren osteuropäischen RGW-Ländern sind die Entfernungen von der Kolchose zur nächsten Stadt häufig so groß, daß die individuelle Belieferung eines Kolchosmarktes nicht in Frage kommt. Diese Tatsache hielt die Kolchosbauern häufig davon zurück, auf den Hofwirtschaften mehr als für die eigene Verwendung zu produzieren. Darauf reagieren einige der neuen Bestimmungen, die z. B. die Produktion der Hofwirtschaften in die Pläne der Kolchosen selbst integrieren wollen und die es ermöglichen, den Kolchosbauern die persönliche Produktion zu höheren Preisen des Konsumgenossenschaftshandels abzukaufen. Bei Gemüse, Obst und anderen schnell verderblichen Produkten können die Preise auf lokaler Ebene entsprechend von Angebot und Nachfrage (auf höherem Niveau als dem der offiziellen Aufkaufpreise) festgesetzt werden, um Verluste zu vermeiden und um die Preise der Kolchosmärkte zu senken.

Weitere Bestimmungen erhöhen die Selbständigkeit der Kolchosen und Sowchosen in bezug auf Investitionen, die aus Eigenmitteln oder durch Kreditaufnahme finanziert werden. Bis zu 1 Million Rubel können die Vorsitzenden der Kolchosen und Sowchosen selbständig, ohne weitere Genehmigung Investitionsentscheidungen treffen, bis zu 2 Millionen Rubel entscheiden die örtlichen agro-industriellen Verwaltungsorgane, bis 4 Millionen Rubel die regionalen, und nur bei Investitionsvorhaben über 8 Millionen Rubel muß um Genehmigung höherer Verwaltungsorgane angesucht werden. Selbstverständlich besteht hier noch weiter eine wesentliche Bevormundung der Kolchosen und Sowchosen. Aber gegenüber der bestehenden Praxis ist es doch ein wesentlicher Fortschritt.

Ansätze für eine Reform in der Industrie

Zu der Priorität einer baldigen Steigerung der Versorgung der Bevölkerung gehören auch Reformansätze in der *Industrie*, bei den Dienstleistungen und im sozialen Bereich. Im allgemeinen gilt für die Industrie, daß auf der Basis der bisherigen Experimente die Planung und Leitung weiter „verbessert“ werden soll, wobei ab heuer Betriebe und Vereinigungen, die bereits mehr als die Hälfte der gesamten industriellen Produktion erzeugen, nach dem Methoden der experimentellen Wirtschaftsführung arbeiten sollen. Auch im Dienstleistungsbereich, im Bau- und Transportwesen sollen diese Methoden eingeführt werden. Aber Gorbatschow ist sich der Beschränktheit und des Übergangscharakters der bisher getroffenen Maßnahmen bewußt, er warnt ausdrücklich, daß man erst „am Anfang des Weges“ steht, daß man sich nicht „mit Halbheiten“ begnügen kann. Und er skizziert auch die Prinzipien, nach denen der Wirtschaftsmechanismus weiter umgestaltet werden muß.

So sollen sich die zentralen Planungsorgane auf die grundlegenden Probleme der Wirtschaftsstrategie und auf die Festlegung der makroökonomischen Parameter des Volkswirtschaftsplanes konzentrieren. Hingegen sollen sie von der bisher geübten Einmischung in die operative Tätigkeit der untergeordneten Wirtschaftssubjekte absehen. Die Selbständigkeit der Vereinigungen (Konzerne, Trusts und Kombinate) und Betriebe soll „entschlossen“ erweitert werden und durch Umstellung auf eine „wirkliche“ wirtschaftliche Wirtschaftsführung, auf Kostendeckung und Eigenfinanzierung soll ihre Verantwortung für die Erreichung von optimalen Endresultaten gehoben werden. Die Einkommen der Belegschaft (Löhne, Gehälter, Prämien u. a.) sollen mit diesen Endresultaten verknüpft und in eine direkte Abhängigkeit von der Effektivität ihrer Arbeit gesetzt werden. Auf allen Ebenen soll von administrativen zu ökonomischen Leitungsmethoden übergegangen werden und zu diesem Zwecke ist das System der materiell-technischen Versorgung, der Preisbildung und der Finanzierung und Kreditgewährung umzugestalten. Zum Prinzipienkatalog gehört auch die Überlegung, moderne Organisationsstrukturen zu schaffen, die den Tendenzen zur Konzentration, Spezialisierung und Kooperation besser Rechnung tragen, als die bisherige starre Zweig- und Branchenorganisation. In dieselbe Richtung geht die Forderung, bei der Leitung der Wirtschaft das Zweig- und Territorialprinzip zu verknüpfen, um dadurch eine komplexe wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Unionsrepubliken und Regionen zu ermöglichen. Die Arbeitskollektive werden als politisches Subjekt anerkannt, deren Rolle bei der Leitung der Betriebe verstärkt werden soll und an einer anderen Stelle wird sogar von der Selbstverwaltung der Produzenten in der Wirtschaft gesprochen. Das sind sicherlich bahnbrechende Gedanken, die den Weg zu einer grundlegenden Umgestaltung des Wirtschaftsmechanismus öffnen könnten. Neben diesen Problemkreisen wird die Bedeutung der sogenannten langfristigen ökonomischen Normative, die – womöglich für die ganze Fünfjahrplanperiode – die wichtigsten Bedingungen wie Lieferauflagen, Preise, Gewinnabführungen an den Staatshaushalt und Bedingungen für die Bildung der Lohnfonds und der übrigen betrieblichen Fonds festlegen sollen, hervorgehoben. Im Grunde genommen sind diese langfristigen ökonomischen Normative das Kernstück der bereits vor Gorbatschow zunächst experimentell begonnenen „Vervollkommnung“ der Planung und Leitung in der Industrie. In diesem Zusammenhang wird die Hoffnung gehegt, daß die Betriebsleitungen und Belegschaften, sobald sie die in den Normativen festgelegten Bedingungen im vorhinein kennen, entgegen der bisherigen Praxis bereit sein werden, ihre Reserven aufzudecken und „mobilisierende“ Betriebspläne auszuarbeiten, die ein höheres Wachstumstempo und eine Steigerung des wirtschaftlichen Nutzeffektes gewährleisten sollen. Hier unterliegt der sowjetische Reformansatz Illusionen, die auch in Reformkonzepten einiger anderer RGW-Länder geteilt wurden. In Wirklichkeit verschiebt sich die Auseinandersetzung zwischen Planungszentrum und Betriebsebene, die sich im traditionellen direktiven Planungssy-

stem um die Festsetzung der quantitativen Plankennziffern und um deren für die Betriebe bequemen Erfüllung abspielte, auf die Gestaltung dieser Normative, wobei die Unternehmen bestrebt sind, solche Bedingungen auszuhandeln, die es ihnen erlauben, die Pläne mit womöglich geringsten Anstrengungen zu erfüllen. Eine Weiterentwicklung der oben genannten Prinzipien für eine tiefgreifende Umwandlung des Wirtschaftsmechanismus und noch mehr die wahrscheinlich enttäuschenden Erfahrungen bei der Anwendung der ökonomischen Normative dürften mit der Zeit zur Überwindung dieser Übergangsform beitragen.

Bei der Umsetzung der Prinzipien in konkrete Maßnahmen wird es sicherlich noch schwierige Diskussionen geben und man kann auch nicht ausschließen, daß es dabei in der einen oder anderen Richtung zu Abstrichen gegenüber den Grundsätzen kommen könnte.

Weitgehendere Maßnahmen für die Leichtindustrie

Eingedenk der Priorität, bald Verbesserungen für die Bevölkerung zu erzielen, sind anscheinend für die Leichtindustrie bereits konkretere Schritte vorgesehen. „Es kommt besonders darauf an, die Selbständigkeit der Betriebe und Einrichtungen im Bereich der Konsumgüterproduktion und der Dienstleistungen zu vergrößern.“ „Der Kreis der von oben zu bestätigenden Auflagen für die Betriebe dieses Industriezweiges wird *drastisch eingeschränkt*, ihre Pläne sind vor allem auf der Grundlage von Verträgen mit den Handelsorganisationen auszuarbeiten, die ihrerseits dafür verantwortlich zeichnen, daß ihre Aufträge der realen Bevölkerungsnachfrage entsprechen.“ Das bedeutet, daß hier der Unternehmenserfolg nicht mehr in erster Linie durch die Erfüllung der von oben auferlegten Plankennziffern bestimmt wird, sondern hauptsächlich von der nachfragegerechten Vertragseinhaltung. Auch die Höhe der Lohnsumme soll direkt mit den Betriebseinnahmen durch den Verkauf der Erzeugnisse verknüpft werden. Die Produktion nicht gefragter oder minderwertiger Erzeugnisse, die nicht verkauft werden können und nur die Lager füllen, soll nicht – wie bisher – für die Lohnbildung herangezogen werden können. Allerdings, solange die Monopolstellung der Produktionsbetriebe und der Handelsorganisationen nicht überwunden wird, wird ein „Verkäufermarkt“ mit einseitigen Vorteilen der Lieferanten gegenüber der Nachfrage der Bevölkerung weiter vorherrschen. Trotzdem sind die angekündigten Maßnahmen gegenüber der heutigen Praxis als wesentlicher Fortschritt zu werten. Neue Organisationsformen in der Leichtindustrie, wie die Schaffung von Industrie- und Handelsvereinigungen für Fertigung und Vertrieb von Konsumwaren verschiedener Industriezweige und die Errichtung eines Netzes für den Direktvertrieb durch Produktionsbetriebe sind gleichfalls vorgesehen.

Zwei Richtungsweiser – Zuteilung von Inputs und individuelle Betätigung

Es würde den Rahmen dieses Beitrages sprengen, wenn sämtliche Denkansätze der weiteren Umgestaltung des Wirtschaftsmechanismus hier untersucht werden sollten. Begnügen wir uns mit zwei wesentlichen Momenten, die die weitere Ausrichtung der Wirtschaftsreform charakterisieren können.

Ein wichtiger Bestandteil des direktiven Planungs- und Zuteilungssystems ist die sogenannte materiell-technische Versorgung. Es kann ohne Übertreibung gesagt werden, daß der Prüfstein einer jeden Reform in einer Wirtschaft sowjetischen Typs die Behandlung dieses Rationierungssystems darstellt, welches von der Kriegswirtschaft übernommen wurde. Die bürokratischen Planer klammern sich mit allen Kräften an diese Einrichtung, aus der sie ihre Autorität und ihre Möglichkeit, die Betriebe zu bevormunden, schöpfen. Gorbatschow ist sich dessen bewußt, daß er diese Institution nicht einfach abschaffen kann, aber er will ihre Entscheidungsbefugnisse bedeutend verringern. „Eine unmittelbare Aufgabe des Staatlichen Komitees für materiell-technische Versorgung besteht darin, die Herstellung von Direkt- und Dauerverbindungen zwischen den Produzenten und den Verbrauchern auf einer vertraglich vereinbarten Grundlage und die Festigung der Lieferungsdisziplin energisch zu fördern. Der Großhandel mit Produktionsmitteln muß ausgebaut werden.“ Hier geht es sichtlich nicht um eine Zielvorstellung, sondern um eine Übergangsmaßnahme. Der monopolistische Charakter der Bindungen zwischen Produzenten und Abnehmern bleibt noch erhalten, mit dem Nachteil, daß auch das Übergewicht des Lieferanten und der Bestand eines Verkäufermarktes mit seinen Mangelerscheinungen und dem Bestreben der Abnehmer, mehr als wirklich gebraucht wird, anzufordern, weiter besteht. Aber dennoch ist es eine Veränderung in die gewünschte Richtung. Das bürokratische Weisungsrecht durch die zentrale Behörde wird eingengt, sobald ein Vertrag zwischen Lieferanten und Abnehmer zustande kommt. Je mehr solche Verträge geschlossen werden und je mehr sich ein wirklicher Großhandel mit Produktionsmitteln herausbildet, desto überflüssiger wird die Institution selbst. Es wird sicher nicht leicht sein, eine solche Entwicklung gegen den Widerstand der Zuteilungsbürokratie durchzusetzen. Aber ein Anfang ist gemacht und er zeigt, wohin der Weg führen soll.

Die zweite Bemerkung bezieht sich auf die Einstellung der Partei und des Staates zur individuellen Betätigung der Bürger. Gorbatschow weiß, daß er hier ein heißes Eisen anpackt. Während in der Breschnew-Ära Korruption und persönliche Bereicherung sich ausbreitete, war die bestehende Gesetzgebung höchst intolerant zu Erscheinungen einer persönlichen oder privaten Betätigung. Gorbatschow wendet sich daher zunächst energisch gegen die Veruntreuung sozialistischen Eigentums, gegen die Korruption und Bereicherung auf Kosten der Gemeinschaft. Diesbezüglich sollte gemäß seinem Vorschlag auch eine

progressive Erbschaftssteuer eingeführt werden. Aber nachdem er sich gegen diese „nichtsozialistischen“ Elemente eindeutig abgegrenzt hat, bricht er nun eine Lanze für die persönliche Initiative und Tätigkeit der Sowjetbürger. Es „darf kein Schatten auf diejenigen fallen, die durch ehrliche Arbeit ihren Nebenverdienst erhalten. Mehr noch, der Staat wird die Entwicklung verschiedener Formen der Bedarfsbefriedigung und der Dienstleistungen für die Bevölkerung fördern. Es gilt, aufmerksam die Vorschläge zur geregelten individuellen Arbeitstätigkeit zu prüfen. Selbstverständlich müssen diese Arten der Arbeitstätigkeit mit den Grundsätzen der sozialistischen Wirtschaftsführung voll übereinstimmen und auf genossenschaftlichen Prinzipien oder auf Verträgen mit sozialistischen Betrieben basieren. Davon werden die Gesellschaft, die Bevölkerung nur gewinnen.“ Hier kann man gleichfalls die Richtung der Wirtschaftsreform ablesen. Auch ohne Schaffung von Privatbetrieben kann hier viel unternommen werden, was einerseits die individuelle Initiative hebt und andererseits zur Schließung einer Lücke in der Versorgung der Bevölkerung beiträgt.

Reformabsichten und Aussichten

In diesem Aufsatz wurden wichtige Gebiete der Wirtschaftspolitik, insbesondere Fragen der Struktur- und Investitionspolitik sowie der Forschungs- und Innovationspolitik, nicht behandelt. Der Beitrag galt nur der Beantwortung der Frage, ob es die gegenwärtige Parteiführung der UdSSR mit der Wirtschaftsreform ernst meint. Was Gorbatschow selbst anbelangt, können darüber keine Zweifel bestehen*.

Man kann allerdings nicht eindeutig feststellen, ob die geplante Wirtschaftsreform wirklich gelingen wird. Man muß sich darüber im klaren sein, daß auch die sowjetische Wirtschaftsreform an einem bestimmten Punkte die Entfaltung der Demokratie sowie der kollektiven und individuellen Freiheiten erfordern wird. Bereits bei der Durchsetzung der rein ökonomischen Prinzipien der Wirtschaftsreform ist mit beträchtlichen Widerständen bei wichtigen Gruppen des Establishments zu rechnen, die nur anwachsen können, sobald die Grundfesten der autoritären Machtausübung berührt werden. Viel wird auch von den nicht zu beeinflussenden äußeren Umständen abhängen. Der Verfall der Rohöl- und anderer Brennstoffpreise, der schwache Dollarkurs**, aber auch die Schwierigkeit, mit der heutigen amerikanischen Administration zu Vereinbarungen über eine Begrenzung des Rüstungswettlaufes zu kommen, schaffen eher ungünstige äußere Bedingungen. Die Nachwirkungen der Tschernobyl-Katastrophe, die

* Siehe auch die etwas zurückhaltenderen Formulierungen des XXVII. Parteitages der KP der UdSSR zum politischen Bericht des Zentralkomitees der KPdSU. APN-Verlag Moskau 1986.

** Die UdSSR fakturiert Exporte nach dem Westen (hauptsächlich Öl und andere Energieträger) überwiegend in US-\$, bezahlt hingegen die Importe von Industriegütern großteils in festen Währungen (DM, Yen, sfr).

nicht nur die Ernteerträge in der Ukraine ungünstig beeinflussen, sondern darüber hinaus das gesamte Elektrizitätspotential der UdSSR belasten, erschweren zuzüglich die Situation.

Auf jeden Fall sollten jedoch die sowjetischen Reformabsichten sowohl im Westen als auch bei den übrigen RGW-Ländern ernst genommen werden. Erstarrte Wirtschafts- und Leitungsstrukturen sind in Bewegung gekommen. Dies bietet wahrscheinlich auch neue Möglichkeiten für den Ost-West-Handel und für wirtschaftliche Kooperation in den verschiedensten Bereichen. In diesem Zusammenhang sind auch die neuen Abrüstungsvorschläge der UdSSR zu beurteilen. Die Umgestaltung des Wirtschaftsmechanismus kann nur gelingen, wenn die Last eines neuen Rüstungswettlaufes der sowjetischen Wirtschaft erspart wird. Alles in allem sollten die Reformansätze für die sowjetische Wirtschaft eher mit Sympathie beurteilt werden, als sich auf eine Linie des „Alles schon dagewesen“ und des „Es wird sowieso nichts draus“ festzulegen.